



Dinslaken Hünxe Voerde

Hindenburgstraße - FDP sieht Bürgerwillen missachtet

voerde (RP) Die Fraktionen von SPD, Grüne, WGV und Linke schädigen mit ihrem Verhalten in Sachen B 8 nach Ansicht von FDP-Ratsfrau Michaela Niewerth das Ansehen der Stadt und der Politik in Voerde. Sie wirft diesen Fraktionen vor, durch das Festhalten an der Umbenennung der Hindenburgstraße, wie es in der Ratssondersitzung der Fall war, „den Bürgerwillen zu missachten und eine unnötige Straßenumbenennung aus ideologischen Gründen gegen eben diesen durch knapp 8500 Unterschriften geäußerten Bürgerwillen durchzusetzen“.

Die Befürworter des Bürgerbegehrens hätten gezeigt, dass sie die gegen ihren Willen durchgesetzte Umbenennung nicht hinnehmen werden. Den Grünen wirft die Liberale vor, versucht zu haben, die Befürworter der Beibehaltung des alten Straßennamens „konsequent in die rechte Ecke zu stellen“. Eine Politik, die den Bürgerwillen zur Durchsetzung eigener Ziele ignoriert, bewertet Niewerth als skandalös. Den Befürwortern des Bürgerbegehrens werde von den vier Fraktionen unterstellt, „sie seien im Klartext zu dumm, zu verstehen, worum es bei der Straßenumbenennung in Wirklichkeit gehe“. Den Bürgern bescheinigt Niewerth, sich mit der Problematik beschäftigt zu haben. Es gehe - auch FDP und CDU - nicht um eine Verharmlosung oder erneute Ehrung Paul von Hindenburgs, sondern darum, „eine nicht zwingend notwendige Straßenumbenennung zu verhindern, um den Bürgern nicht gewollte Unannehmlichkeiten und Kosten zu ersparen und insbesondere zu respektieren, dass der Bürger die Umbenennung der Straße als nicht notwendig erachtet“. Niewerth spricht sich für eine Aufarbeitung der Rolle Hindenburgs in der deutschen Geschichte aus. Dabei gebe es sinnvollere Wege als die Umbenennung einer Straße. „Klären wir auf über Paul von Hindenburg, beispielsweise über die Anbringung einer erklärenden Tafel unter dem entsprechenden Straßennamen.“

Hindenburgstraße - FDP sieht Bürgerwillen missachtet

VOERDE (RP) Die Fraktionen von SPD, Grüne, WGV und Linke schädigen mit ihrem Verhalten in Sachen B 8 nach Ansicht von FDP-Ratsfrau Michaela Niewerth das Ansehen der Stadt und der Politik in Voerde. Sie wirft diesen Fraktionen vor, durch das Festhalten an der Umbenennung der Hindenburgstraße, wie es in der Ratssondersitzung der Fall war, „den Bürgerwillen zu missachten und eine unnötige Straßenumbenennung aus ideologischen Gründen gegen eben diesen durch knapp 8500 Unterschriften geäußerten Bürgerwillen durchzusetzen“.

Die Befürworter des Bürgerbegehrens hätten gezeigt, dass sie die gegen ihren Willen durchgesetzte Umbenennung nicht hinnehmen werden. Den Grünen wirft die Liberale vor, versucht zu haben, die Befürworter der Beibehaltung des alten Straßennamens „konsequent in die rechte Ecke zu stellen“. Eine Politik, die den Bürgerwillen zur Durchsetzung eigener Ziele ignoriert, bewertet Niewerth als skanda-

lös. Den Befürwortern des Bürgerbegehrens werde von den vier Fraktionen unterstellt, „sie seien im Klartext zu dumm, zu verstehen, worum es bei der Straßenumbenennung in Wirklichkeit gehe“. Den Bürgern bescheinigt Niewerth, sich mit der Problematik beschäftigt zu haben. Es gehe – auch FDP und CDU – nicht um eine Verharmlosung oder erneute Ehrung Paul von Hindenburgs, sondern darum, „eine nicht zwingend notwendige Straßenumbenennung zu verhindern, um den Bürgern nicht gewollte Unannehmlichkeiten und Kosten zu ersparen und insbesondere zu respektieren, dass der Bürger die Umbenennung der Straße als nicht notwendig erachtet“. Niewerth spricht sich für eine Aufarbeitung der Rolle Hindenburgs in der deutschen Geschichte aus. Dabei gebe es sinnvollere Wege als die Umbenennung einer Straße. „Klären wir auf über Paul von Hindenburg, beispielsweise über die Anbringung einer erklärenden Tafel unter dem entsprechenden Straßennamen.“

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
Rheinische Post Dinslaken
Dienstag, den 07. Mai 2013
15

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)